



# Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

FORUM AKTIVER DEMOKRATEN E.V.

1924 in Magdeburg gegründet - gemeinnützige Körperschaft

## Interview mit Kurt Beck

Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und Bundesvorsitzender der SPD



*Wie Ihnen bekannt ist, komme ich bei meinen Seminaren in Berlin und den Besuchen in fortbildenden Schulen mit vielen Schülerinnen und Schülern zusammen. Bei meinen Gesprächen muss ich immer wieder feststellen, dass sie mehrheitlich der Großen Koalition eher skeptisch gegenüberstehen (Leistungskurs Geschichte / Politik). Zu gut ist ihnen noch in Erinnerung, dass im vergangenen Wahlkampf sie sich gegenseitig der Regierungsunfähigkeit bezeichnet haben.*

*Können Sie diese Bedenken nachvollziehen?*

Zeiten des Wahlkampfes sind Phasen der politischen Zuspitzung, in denen neben der inhaltlichen Auseinandersetzung auch pointierte Botschaften stehen. Das Ergebnis der letzten Bundestagswahl hatte zur Folge, dass beide großen Volksparteien gemeinsam um die Lösungen für die Zukunftsfragen unseres Landes ringen müssen. Das bedeutet, dass wir Kompromisse suchen und finden müssen, wollen wir Deutschland weiter voranbringen.

Ich bin sicher, dass die Menschen die Notwendigkeit zur

Einigung in Sachfragen letztlich auch nachvollziehen, so lange wir in einer Koalition regieren. Wenn sich hingegen bei einer absoluten Mehrheit zwischen Wahlversprechen und deren Umsetzung eine sich immer stärker öffnende Kluft bildet, droht die Glaubwürdigkeit der Regierungspartei schweren Schaden zu nehmen.

*Auch die Kanzlerin Merkel hat es als ihre Hauptaufgabe bezeichnet die Arbeitslosenzahlen zu senken. Die jungen Menschen und auch ich vermissen aber, dass sie keine Angaben darüber gemacht hat, wie sie das bewerkstellen will.*

*Welche Antwort hätten Sie gegeben?*

Die Zukunft der Jugend und damit auch der unseres Landes hängt davon ab, dass junge Menschen einen Ausbildungsplatz finden und später als Fachkräfte tätig sein können. Ich will ein Beispiel anführen, wie hierbei konsequent und praxisnah vorgegangen werden kann.

In Rheinland-Pfalz beraten am so genannten Ovalen Tisch Landesregierung, Spitzenvertreterinnen und -vertreter der Wirtschaft, der Gewerkschaften und Arbeitsverwaltung Maßnahmen zur Verbesserung der Situation. Arbeitsplätze kann nur die Wirtschaft schaffen, doch können wir als politisch Handelnde Jugendlichen mit schwierigen Startchancen helfen, einen Einstieg in Ausbildung oder Arbeit zu finden.

Übrigens ist die Bundesregierung, alte wie neue, nicht so untätig, wie Sie es schildern. Schon die alte Bundesregierung unter Rot-Grün hat ein umfangreiches Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit aufgelegt. Die Arbeitsagenturen bieten besondere Beratungs- und Vermittlungsangebote für Jugendliche unter 25 Jahren. In diesem und im letzten Jahr wurde in allen Ländern und auf Bundesebene eine Prämierung der besten Ideen zu dem Thema „Jugend in Arbeit“ vorgenommen, damit gute und erfolgreiche Lösungsansätze bekannter werden.

*Durch die ständig ansteigenden Energiekosten, die Nullrunden bei Pensionen und Renten, die fast Nullrunden bei Lohn- und Gehaltssteigerungen, den höheren Gesundheitskosten, den diesjährigen Preissteigerungen von ca. 1,5% wird doch der Bevölkerung immer mehr Kaufkraft entzogen.*

*Wie kann da die Binnennachfrage wieder gestärkt werden?*

Der von der SPD deutlich geprägte Koalitionsvertrag verfolgt zwei prinzipielle Ziele: Die strukturelle Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und die Weichenstellung für mehr Wachstum und Beschäftigung.

Zur Stärkung der Binnennachfrage wurde bereits eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, die die Nachfrage nach Handwerkerdienstleistungen erhöhen und damit weitere Investitionen auslösen, wie zum Beispiel die steuerliche Gewährung von Liquiditätsvorteilen für kleinere und mittelständische Unternehmen und die Erweiterung der steuerlichen Absetzbarkeit von Handwerkerrechnungen in Privathaushalten. Insgesamt geht es um ein Wachs-

tumspaket mit einem Volumen von 25 Mrd. Euro.

Auch im Zuge der geplanten Unternehmenssteuerreform wird die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen verbessert und ihre Bereitschaft, zu investieren, erhöht werden. Dies wird Beschäftigung und Binnennachfrage stärken.

*Dieses Problem hatte auch schon die Regierung Schröder. Doch durch die damals größten Steuersenkungen in der BRD wurde damals die Erhöhung der Energiekosten in etwa aufgefangen.*

*Warum hat die SPD im letzten Bundestagswahlkampf nicht mit Entschiedenheit diese Leistungen herausgestellt?*

Die SPD hat die Erfolge ihrer Politik unter der Kanzlerschaft Gerhard Schröders auch im Bundestagswahlkampf 2005 herausgestellt. Hierzu zählte auch die Steuerreform 2000. Ich erinnere daran, wie Demoskopen unsere Partei noch Wochen vor der Wahl abgeschrieben hatten und mit welchem für viele doch überraschend guten Abschneiden wir aus der Bundestagswahl gegangen sind. Die Wählerinnen und Wähler haben damals mit feinem Gespür auf das reagiert, was sie bei einer Regierungsübernahme durch CDU und FDP erwartet hätte.

*Die Regierung Schröder hat die größte Steuersenkung in der BRD vorgenommen. Auch das Kindergeld wurde kräftig erhöht. Die Wähler haben das der SPD nicht gedankt.*

*Ist das der Grund warum die SPD in der jetzigen Großen Koalition den erheblichen Steuererhöhungen zugestimmt hat?*

Weder die Regierung Schröder noch die SPD haben ihre Politik als Mittel zum „Wählerfang“ verstanden. Vielmehr ging es der SPD darum, im Rahmen der politischen Möglichkeiten die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse und damit unser Gemeinwesen insgesamt zu verbessern.

Die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer war Teil des Kompromisses in den Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und Union. Sie dient den genannten Zielen der Koalitionspolitik und ist unabdingbar, damit der Staat seine Aufgaben erfüllen kann.

*Die CDU/CSU, die Wirtschaft und die Mehrheit der Wirtschaftsverbände sind der Ansicht, dass wir noch immer auf Kosten unserer Enkelkinder leben.*

*Teilen Sie diese Ansicht?*

Ich halte nichts davon, die komplizierte Frage nach der Generationengerechtigkeit mit der undifferenzierten Formel „Wir leben auf Kosten unserer Enkelkinder“ zu beantworten. Einigkeit besteht aber darin, dass wir den nächsten Generationen keinen so hoch verschuldeten Staat interlassen wollen und uns damit die Zukunftsfähigkeit verbauen.

*Wenn ich in Seminaren und bei Schulbesuchen mit den*

Schülerinnen und Schülern über die Weimarer Republik diskutiere muss ich immer wieder feststellen, dass sie weder über den Reichsrätekongress noch über das Ermächtigungsgesetz unterrichtet wurden. Mit der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz haben die bürgerlichen Parteien einen Verbrecher wie Hitler praktisch ermächtigt, eine Diktatur einzuführen. Nur die SPD stimmte dagegen und Hitler ließ es sich dann auch nicht nehmen, die Diktatur einzuführen.

Warum werden auch die Schüler in Rheinland-Pfalz nicht über das Ermächtigungsgesetz unterrichtet?

Ich kann für Rheinland-Pfalz mit Sicherheit sagen, dass die Weimarer Republik, ihr Anfang und auch ihr Ende, selbstverständlich Gegenstand der Lehrpläne sind und unterrichtet werden. Dies gilt für alle allgemein bildenden Schulen der Sekundarstufe I und auch der Sekundarstufe II. Und zweifellos ist dabei die Rolle der SPD im Zusammenhang mit dem Ermächtigungsgesetz von ganz besonderer Wichtigkeit. Als ihr Vorsitzender Otto Wels in seiner Reichstagsrede sagte „Freiheit und Leben kann man nehmen, die Ehre nicht“, war dies trotz der sich anbahnenden Katastrophe eine der Sternstunden der deutschen Sozialdemokratie. Otto Wels stand mit seinem Mut und seinem klaren Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie in dieser schweren Zeit beispielhaft für die Partei, die sich als einzige im Parlament gegen diesen Prozess stemmte, der die Reichsverfassung außer Kraft setzte.

Vor dem Hintergrund gegenwärtiger rechtsextremistischer Gewalt ist das Wissen um dieses standhafte Beharren auf demokratischen Grundsätzen von besonderer Wichtigkeit. Insofern ist es für mich von größter Bedeutung, dass Schülerinnen und Schüler davon Kenntnis haben müssen.

*Am 20.03.2006 war der 75. Todestag von Hermann Müller. Er war Vorsitzender der SPD - mit 99% der Stimmen gewählt und zwei mal Reichskanzler. Er und nur er war der Wegbereiter seit 1919 einer sozialdemokratischen Außenpolitik. Damals war Stresemann noch der Ansicht,*

*dass die Ziele der deutschen Außenpolitik selbstverständlich nur mit Machtpolitik zu erreichen sind. Er führte später im Kabinett Müller dessen seit 1919 formulierte Außenpolitik nahtlos fort. Müller und Stresemann verband eine Freundschaft und er war am 03.10.1929 noch an dessen Sterbebett. Während Stresemann mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde, und heute bei den Historikern als der bedeutendste Politiker der Weimarer Republik bezeichnet wird, ist Hermann Müller praktisch in der Versenkung verschwunden. Seinen 75. Todestag am 20.03.2006 war der deutschen Presse keine Zeile wert. Nach seinem Tode musste er noch erdulden, dass ihn die Kommunisten plötzlich für sich vereinnahmten und er zusammen mit Rosa Luxemburg - Karl Liebknecht, Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht usw. im „Sozialisten Friedhof in Berlin-Friedrichsfelde“ begraben liegt. Zu seiner Regierungszeit 1928-1930 wurde er von den Kommunisten noch auf das Übelste verunglimpft.*

*Finden Sie es als Nachfolger im Amt von Hermann Müller nicht bedauerenswert, dass Hermann Müller so - auch von seiner eigenen Partei - in Vergessenheit geraten konnte und sehen Sie eine Möglichkeit dies zu ändern?*

Hermann Müller gehört zu den Vorbildern, die eine lebendige Demokratie braucht. An ihn und viele andere, die für den Aufbau und die Verteidigung der Demokratie und für die gute Tradition der deutschen Sozialdemokratie stehen, wollen wir erinnern und tun das in vielfältiger Weise. Dazu gehört neben Gedenkveranstaltungen und Geschichtswettbewerben, Reden und Schriften auch, sich um die Orte zu kümmern und auf sie aufmerksam zu machen, an denen große Persönlichkeiten unserer Geschichte gewirkt haben und wo sie ihre letzte Ruhestätte gefunden haben. In Berlin haben wir mit der „Gedenkstätte der Sozialisten“ einen Ort, der seit über hundert Jahren die Grabstätten deutscher Arbeiterführer beheimatet. Hier sind neben dem Grab von Hermann Müller auch die Ruhestätten der prominenten Sozialdemokraten Wilhelm Liebknecht, Paul Singer und Hugo Haase. In den vergangenen Jahren wurde der Friedhof mit großer finanzieller Unterstützung der SPD restauriert und mit unserer Mitarbeit im Förderkreis der Erinnerungsstätte wollen wir das Erinnern auch für jüngere Generationen wach halten.

*Das Interview führte Hans Bonkas*

## Prinzessin zu Löwenstein

### Zur Erinnerung unseres Mitglieds Prinzessin zu Löwenstein

Am 27. August, dem Geburtstag von Helga Prinzessin zu Löwenstein, die vor drei Jahren im Alter von 94 Jahren verstarb, gedenken wir vom Reichsbanner dieser leidenschaftlichen Gegnerin Hitlers und des Nationalsozialismus in tiefer Trauer. Dabei war sie von Haus aus nicht Deutsche, sondern Holländerin, geboren in Norwegen, aber seit ihrem 9. Jahr aufgewachsen in Deutschland, 1929 vermählt mit Prinz Hubertus. In europäischem Geiste hat sie das deutsche Schicksal zu ihrem eigenen gemacht.

Sie war eine Frau von ungewöhnlichem Mut. Unvergess-

lich als allererstes ihr souveräner Auftritt im März 1933, als der blutige Terror des Hitler-Regimes schon viele Opfer gefordert hatte. Es geschah auf offener Straße in Berlin-Charlottenburg. Prinzessin Helga trug ostentativ noch immer am Revers ihres Mantels das Abzeichen des Reichsbanners und die Drei Pfeile der Eisernen Front. Als sie aus dem Haus trat, kam ihr ein Nazi-Bonze entgegen. Er sah die verhassten Abzeichen, die damals kaum jemand noch offen zu tragen wagte, und brüllte sie an: „Saujüdin“! Darauf holte die Prinzessin in spontaner Empörung aus und versetzte ihm eine schallende Ohrfeige.

Das in der damaligen Zeit des braunen Terrors hätte sie, wie schon so viele vor ihr, das Leben kosten können. Was sie empörte, war nicht nur - sie selber war übrigens nicht Jüdin - die persönliche Anpöbelung, sondern vielmehr die intendierte Beschimpfung des Reichsbanners und infame Beleidigung so vieler Menschen in ihrem Freundeskreis, sodass sie in aufwandelndem Zorn jede Vorsicht vergaß. Zum Glück war der Mann von einer derartigen Reaktion, wie er sie gewiss noch nie erlebt hatte, so erdattert, dass er die Hacken zusammenschlug und stotterte: „Entschuldigen Sie, gnädige Frau!“

Bei all den wüsten Angriffen der Nazis auf Prinz Hubertus stand die Prinzessin ihm unerschrocken zur Seite. Am Tag der Reichstagswahl, dem 5. März 1933, als die Löwensteins aus ihrem Balkon im 3. Stock an langer Fahnenstange eine große Schwarz-Rot-Goldene Flagge hissten - fast die einzige in der Kantstraße in einem Meer von Schwarz-Weiß-Rotund Hakenkreuz - da versammelte sich vor ihrem Haus eine protestierende Nazi-Menge mit Gebrüll und drohend erhobenen Fäusten. Dann donnerte es an der Wohnungstür. Vorsichtshalber nahm die Prinzessin, ehe sie öffnete, einen Revolver zur Hand und legte den Riegel vor. Als sie die Tür einen Spalt öffnete, draussen ein SA-Mann, der sie anbrüllte: „Die Fahne weg!“ Sie wollte die Tür zuschlagen, aber da hatte der Kerl blitzschnell seinen gewaltigen Militärstiefel in den Spalt geklemmt. Die Prinzessin: „Nehmen Sie Ihren Fuß da weg!“ Die Antwort: Gebrüll und Beschimpfungen. Da zielte sie, sodass der SA-Rabauk es sehen konnte, genau auf seinen Fuß und forderte energisch: „Den Stiefel weg oder ich schieße!“ Weg war der Stiefel. Sie hörte noch, wie der Mann die Treppe runterpolterte.

Dann aber plötzlich ein Triumphgeschrei von der Straße her: der SA war es gelungen, von der Etage darüber durch ein Seil mit Schlaufe die Fahnenstange zu zerbrechen. Zum Glück fiel die Fahne durch das Hochreißen nicht auf die Straße, sondern auf den Balkon der Löwensteins zurück. Sofort holte die Prinzessin eine eiserne Stange aus dem Keller und hisste die Fahne wieder, und da blieb sie trotz aller wüsten Drohungen bis tief in die Nacht.

Es dauerte nicht lange, bis der nächste Überfall kam. Eine ganze Abteilung der SA unter dem Kommando eines Sturmbannführers fuhr vor. Wieder das Gepolter an der Tür und das Gebrüll: „Aufmachen! Haussuchung!“ Wie es sich traf, war die Prinzessin allein zu Haus. Sofort rief sie das Polizeirevier an und bat um Schutz. Die Antwort: wir kommen gleich. Kurz darauf fuhr ein Polizeiwagen vor, ein Offizier stieg aus und sprach kurz mit dem SA-Führer, salutierte und fuhr wieder davon. Und dann der Anruf vom Revier: „Es tut uns leid, die SA hat Status und Rechte einer Hilfspolizei erhalten - wir können nichts machen, Sie müssen sie einlassen.“

Dann eine wüste Haussuchung. Alle Schränke, Kisten Kasten durchwühlt - die Sachen wild auf den Boden geschmissen und darauf rumgetrampelt, die Prinzessin brutal beiseite gestoßen, wenn sie versuchte zu intervenieren. Dass die Brutalität nicht weit wüster ausartete, bis zu Mord und Totschlag, wie in so vielen ähnlichen Fällen,

das war nur wohl der Tatsache zu verdanken: die Banditen wussten, die Polizei war alarmiert. Nicht nur Aktenbände mit Reichsbanner-Material schleppten sie am Ende weg - sie plünderten und stahlen, was immer sie an Geld oder Wertsachen fanden. Wenig später erlitt die Prinzessin eine Fehlgeburt.

Als dann im April/Mai 1933, gewarnt durch einen loyalen Polizeioffizier, Hauptmann Ranft, vor Verhaftung und KZ, die Löwensteins und ich noch rechtzeitig emigrieren konnten, zunächst nach Österreich, da hat die Gestapo sofort versucht, uns mit Gewalt zurückzuholen. Ein Preis wurde auf den Kopf von Prinz Hubertus gesetzt. Nacht für Nacht war unser Haus bei Brixlegg im Inntal von Tiroler Nazis belagert. Als aber die Prinzessin in Innsbruck von einer aufgehetzten Menge angegriffen wurde, machte sie von der Schusswaffe Gebrauch. Das war die Rettung. Der Schuss ging durch die Weltpresse, bis hin zur New York Times. Und daraufhin quartierte die Tiroler Landesregierung zu unserem Schutz bei unserem Haus eine Abteilung österreichischer Bundeswehr ein.

In all den weiteren Situationen ihres Exils, Schweiz, Frankreich, England, schließlich USA trat Prinzessin Helga in zahllosen Reden, Vorträgen, Interviews, politischen Versammlungen für das wahre Deutschland ein. Und als Prinz Hubertus 1936 die Deutsche Akademie der Künste und Wissenschaften im Exil gründete mit den Präsidenten Thomas Mann und Sigmund Freud, Albert Einstein und hundert Koryphäen aus der Prominenz des deutschen Geisteslebens, viele von internationalem Rang und Ruhm, als Senatoren und Mitglieder, da hat die Prinzessin tatkräftig mitgewirkt. Sitz der Akademie war New York, die Mitglieder verteilt über 27 Länder weltweit. In der Zeit des verruchten NS-Regimes hat die Akademie entscheidend dazu beigetragen, in der Welt das Bewusstsein wachzuhalten, das Hitler nicht Deutschland war.

Bei Kriegsende ist die Prinzessin mit Kamerad Hubertus und den beiden in USA geborenen Töchtern sofort zurückgekehrt, um beim geistigen und politischen Wiederaufbau des schwarz-rot-goldenen Deutschland des Rechts, der Freiheit und der Menschenwürde mitzuwirken.

Wir vom Reichsbanner gedenken dieser kämpferischen Kameradin mit Bewunderung und in hoher Achtung. Wir werden ihr stets ein ehrendes Andenken bewahren.

*Dr. Volkmar Zühlsdorff und Hans Bonkas*

## Ausstellungen

Die nächste Eröffnung unserer Ausstellung findet am 25. September 2006 in der Unteroffiziersschule der Luftwaffe in Appen statt.

Eine weitere Ausstellungseröffnung findet am 16. Oktober 2006 um 16:00 Uhr im Manfred-von-Ardenne-Gymnasium in Berlin-Lichtenberg, Werneuschner Straße 27 statt. Daran nehmen der Vizekanzler und Bundesminister für Arbeit und Soziales Franz Müntefering sowie Prinzessin Konstanze zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg teil.

Bei dem anschließenden Podiumsgespräch nimmt Vizekanzler Müntefering bis 17:30 Uhr teil.

Unsere letzte Ausstellung für das Jahr 2006 wird am 16. November 2006 in der Eichendorffschule in Wetzlar eröffnet.

Zum Auschwitz-Gedenktag am 27. Januar 2007 wird unsere Ausstellung am 29. Januar 2007 im Berthold-Brecht-Gymnasium in München eröffnet.

An der Ausstellungseröffnung nehmen die Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Frau Charlotte Knobloch, der ehemalige Oberbürgermeister der Stadt München, Hans-Jochen Vogel sowie der Oberbürgermeister von München, Christian Ude teil.

### AUFNAHME-ANTRAG

Ich beantrage meine Aufnahme als Mitglied und erkläre mich bereit, einen Monats-/Jahres-Beitrag nach Selbsteinschätzung – mindestens **3,00 EUR** monatlich –

**EUR** ..... **monatlich / jährlich**

zu zahlen. Die Aufnahmegebühr beträgt einen Monats- bzw. 1/12 Jahresbeitrag.

....., den .....

(In Block- oder Maschinenschrift erbeten)

Name: .....

Vorname: .....

Beruf/Stand: .....

geboren am: ..... in .....

Anschrift: .....

(Straße)

PLZ / Ort: .....

Telefon: .....

RB-Zugehörigkeit bis 1933: seit: ..... in .....  
politisch, rassistisch, religiös Verfolgter? (Zutr. unterstr.)

Antrag veranlaßt durch: .....

.....  
(Eigenhändige Unterschrift)

1. Vorstand zum Beschluss:
2. Nachricht an Antragsteller:
3. Nachricht an Schatzmeister:

### Betriff: Zeitschrift „Das Reichsbanner“

Bitte schicken Sie die Zeitung an mich / uns  
ab Heft-Nr.: ..... zum Jahresbezugspreis  
von 6.00 EUR zuzügl. Versandkosten  
und unverbindlich ab Heft-Nr.: ..... auch an:  
(Nichtzutreffendes bitte streichen)

Vor- und Zuname: .....

Straße: .....

PLZ / Ort: .....

Datum: .....

.....  
(Unterschrift)

Das Reichsbanner Erscheint seit 1924  
Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V.  
und des Freiheitsbundes e.V. Berlin.

Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main.

„Das Reichsbanner“ ist eine Publikation des Bundesvorstandes Reichsbanner-Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V.,  
Postfach 10 18 44, 60018 Frankfurt am Main.

„Das Reichsbanner“ erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 6,00 Euro zuzüglich Versandkosten im Jahr.

Abbestellungen bis 6 Wochen vor Jahresschluss.

Gesamtherstellung: Graficor Harald Mader, Langer Weg 13,  
65760 Eschborn.

Redaktion und Pressesprecher: Hans Bonkas, presserechtlich verantwortlich.

Anschrift des Verlages, der Redaktion und des Vertriebes:

Postfach 10 18 44, 60327 Frankfurt am Main.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.  
Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.

Bundsvorsitzender: Hans Bonkas

Bundesehrenvorsitzender: Dr. Volkmar Zühlsdorff

# Wachstum mit Weitblick.

*Unsere Zukunft: Ökonomie und Ökologie verbinden.*

Wer Verantwortung trägt, muss vorausschauend handeln. Die Fraport AG tut viel dafür, dass die Welt auch für künftige Generationen lebenswert bleibt. Am Flughafen Frankfurt belohnen wir zum Beispiel besonders leise Starts und Landungen. Deshalb kommen überwiegend die modernsten und umweltfreundlichsten Flugzeuge zu uns. Weil wir Straße, Schiene und Luftverkehr optimal miteinander verknüpfen, konnten viel Kurzstreckenflüge durch Bahnfahrten ersetzt werden. Das sind nur ein paar Beispiele von vielen, wie die Fraport AG Leistungsfähigkeit mit Nachhaltigkeit und Umweltschutz verbindet.

Weitere Infos unter [www.fraport.de](http://www.fraport.de)

**Fraport.**  
**The Airport Managers.**

